

Medienbeobachtung

12.07.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Regierung erzürnt Länder**
12.07.2023 , Kronen Zeitung Seite 2

Kronen Zeitung vom 12.07.2023

Regierung erzürnt Länder

Zwischen Bund und Ländern kracht es gewaltig. Landeschefs ziehen nach einer Verhandlungsrunde in Wien wütend davon. „Vorschlag des Bundes ist inakzeptabel.“

Landeshauptleute Stelzer und Ludwig gemeinsam gegen den Bund. Sie wollen mehr Geld für die Daseinsvorsorge.

Lachhaft und inakzeptabel ist für die Bundesländer der Vorschlag der Bundesregierung zum Finanzausgleich. Die in der Vorwoche vom Bund versprochenen zusätzlichen zehn Milliarden Euro für fünf Jahre seien in Wahrheit nur 450 Millionen pro Jahr. „Wir haben uns die Zahlen heute angeschaut, die der Bund vorgelegt hat, und wenn die Sache nicht so ernst wäre, dann müsste man sagen, das Angebot ist lachhaft“, sagte der oberösterreichische Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) nach einer Verhandlungsrunde in Wien gegenüber der „Krone“. Das „Angebot ist völlig inakzeptabel“ und wird von den „Ländern auch nicht angenommen.

Länder sehen Daseinsvorsorge in Gefahr Mit diesem Geld könne das Gesundheitsversorgungsangebot nicht verbessert und nicht einmal der Status quo erhalten werden. „Der Bund fordert von Land und Gemeinden eine Mitfinanzierung. Da wir keine eigenen Einnahmen haben, kommt am Ende ein Minus heraus. Wir haben dann weniger Geld, als wir jetzt zur Verfügung haben“, beklagt der OÖ-Landeshauptmann.

Ministerium legt andere Berechnungen vor Das Finanzministerium stellt eine andere Rechnung auf: Aus dem vergangenen Finanzausgleich seien Mittel übrig geblieben, die der Bund als zusätzliches Geld betrachtet. Aus Sicht des Finanzministeriums werden diese Mittel im Rahmen des neuen Finanzausgleichs „gänzlich neu budgetiert“ und für die Bewältigung der Aufgaben der Länder und Gemeinden zur Verfügung gestellt. Die Länder dagegen rechnen das nicht als frisches Geld. Es wird nun weitere Gespräche brauchen. „Am Ende des Tages muss ein sinnvolles Gesamtpaket stehen“, heißt es aus dem Ressort. Finanzminister Magnus Brunner habe jedenfalls Mittel für Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung zugesagt.

Quelle	Kronen Zeitung
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch



Landeshauptleute Stelzer und Ludwig gemeinsam gegen den Bund. Sie wollen mehr Geld für die Daseinsvorsorge.



Foto: www.viennareport.at

Regierung erzürnt Länder

Zwischen Bund und Ländern kracht es gewaltig. Landeschefs ziehen nach einer Verhandlungsrunde in Wien wütend davon. „Vorschlag des Bundes ist inakzeptabel.“

Lachhaft und inakzeptabel ist für die Bundesländer der Vorschlag der Bundesregierung zum Finanzausgleich. Die in der Vorwoche vom Bund versprochenen zusätzlichen zehn Milliarden Euro für fünf Jahre seien in Wahrheit nur 450 Millionen pro Jahr. „Wir haben uns die Zahlen heute angeschaut, die der Bund vorgelegt hat, und wenn die Sache nicht so ernst wäre, dann müsste man sagen, das Angebot ist lachhaft“, sagte der oberösterreichische Landeshaupt-

mann Thomas Stelzer (ÖVP) nach einer Verhandlungsrunde in Wien gegenüber der „Krone“. Das „Angebot ist völlig inakzeptabel“ und wird von den „Ländern auch nicht angenommen.“

Länder sehen Daseinsvorsorge in Gefahr

Mit diesem Geld könne das Gesundheitsversorgungsangebot nicht verbessert und nicht einmal der Status quo erhalten werden. „Der Bund fordert von Land und Gemeinden eine Mitfinanzie-

rung. Da wir keine eigenen Einnahmen haben, kommt am Ende ein Minus heraus. Wir haben dann weniger Geld, als wir jetzt zur Verfügung haben“, beklagt der OÖ-Landeshauptmann.

Ministerium legt andere Berechnungen vor

Das Finanzministerium stellt eine andere Rechnung auf: Aus dem vergangenen Finanzausgleich seien Mittel übrig geblieben, die der Bund als zusätzliches Geld betrachtet. Aus Sicht des Finanzministeriums werden

diese Mittel im Rahmen des neuen Finanzausgleichs „gänzlich neu budgetiert“ und für die Bewältigung der Aufgaben der Länder und Gemeinden zur Verfügung gestellt. Die Länder dagegen rechnen das nicht als frisches Geld. Es wird nun weitere Gespräche brauchen. „Am Ende des Tages muss ein sinnvolles Gesamtpaket stehen“, heißt es aus dem Ressort. Finanzminister Magnus Brunner habe jedenfalls Mittel für Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung zugesagt. PM

Neun Wochen Sommerpause trotz jeder Menge Baustellen im Land – das hatte die „Krone“ in der Vorwoche der Politik vorgeworfen. Diesen Befund wollte der Kanzler selbstredend nicht hinnehmen. In einem Hintergrundgespräch im Kanzleramt versuchte er den Gegenbeweis anzutreten. „Die Medien verfangen sich gerne in dem Mythos, dass ein Koalitionsstreit herrscht. Man sollte lieber die Statistik bemühen. 2012 wurden 125 Gesetze in einem Jahr beschlossen. 2022 waren es 259 Gesetze“, verteidigte sich Nehammer gegenüber der Journalistenrunde. Auch das Arbeitsklima sei gut. Mit Konfliktpunkten gehe man „routiniert vor“.

Nehammer auf Distanz zu Kickl als Koalitionspartner

Selbst Werner Koglers heftig diskutierte Wortmeldung, dass NÖ-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitners Politik für Normaldenker „präfaschistoid“ sei, will Nehammer nicht zum Koalitionskrach hochstilisieren. „Ich habe die Grünen mit vielen Gesichtern kennengelernt – von lösungsorientiert bis ideologisiert. Koglers Wortmeldung fällt in letztere Kategorie.“

Weniger verständnisvoll geht er mit FPÖ-Chef Herbert Kickl ins Gericht. Bekanntlich lehnt die FPÖ den Beitritt Österreichs zum europäischen Luftraumver-

Kanzler erklärt Kickl zum „Sicherheitsrisiko“

Für Kanzler Nehammer ist Herbert Kickls Ablehnung gegenüber dem Luftraumverteidigungssystem Sky Shield „gefährlich“



© Karl Nehammer teilte beim sechsten Kanzlergespräch vor allem gegen FPÖ-Chef Herbert Kickl aus. Bei Kickl sei die „Demokratie in falschen Händen“.

teidigungssystem Sky Shield ab. Es sei eine „verheerende neutralitätspolitische Entscheidung“.

Der ÖVP-Kanzler kontert, dass man auch „wehrhaft sein müsse, wenn man neutral sei“. Herbert Kickls Positionen seien ein „Si-

cherheitsrisiko für das Land“. Auch am Beispiel der jüngsten Freisprüche im BVT-Prozess sehe man, was passiert, wenn „Demokratie in die falschen Hände gelangt“.

Kann man mit Kickl dann in eine Koalition gehen? Auf

diese Frage antwortet der Kanzler dann doch konkreter als noch vor wenigen Wochen. Als Kanzler will er Kickl im Wahlkampf 2024 besiegen. Aber auch als Vizekanzler ist Kickl für den ÖVP-Chef kaum vorstellbar. IM

JUSTIZ

Ermittlungen gegen Ex-Kanzler Kern

Die Justiz ermittelt wegen Betrugsverdacht bei einem Immobilienprojekt gegen Ex-Bundeskanzler Christian Kern. Es geht um ein Projekt rund um die Herstellung modularer Fertigteil-Immobilien, in das ein Unternehmen, an dem Kern beteiligt ist, involviert gewesen sein soll.



Foto: Reinhard Holl

SPÖ

Neue rote Parteimanager freuen sich über 15.000 neue Parteimitglieder

Bereits 15.000 neue Mitglieder zählt die SPÖ. Das hilft der Partei auch finanziell. Bei 80 Euro Mitgliedsbeitrag im Jahr ergeben sich Zusatzeinnahmen von über einer Million Euro. In zweieinhalb Jahren will die SPÖ schuldenfrei sein, sagen Sandra Breiteneder (40) und Klaus Seltenheim (39), die neuen

Bundesgeschäftsführer, im Gespräch mit der „Krone“. Inhaltlich setzen die Sozialdemokraten voll auf das Thema Teuerung und Gerechtigkeit. „Während wir mit der Gewerkschaft für das 13. und 14. Gehalt kämpfen, erkämpft die ÖVP die 13. Miete, weil sie nichts gegen die Teuerung tut.“



Foto: Reinhard Holl

SOMMERGESPRÄCH

Mit Tempo 100 zu mehr Gerechtigkeit

Der neue SPÖ-Vorsitzende Andreas Babler spricht im krone.tv-Sommergespräch mit Katia Wagner über Klimaschutz, Tempo 100, die 32-Stunden-Woche sowie soziale Gerechtigkeit, und er erklärt, wie das alles zusammenhängt. Zu sehen heute, Mittwoch, um 20.15 Uhr.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ex-Kanzler Kern. Die Vorwürfe gegen ihn sind nach seinen Angaben natürlich „absoluter Vollholler“.

